

Bußgeldbescheide bald wieder in deutscher Sprache?

Föderalregierung kündigt nach Paasch-Intervention Lösung an

Bezugnehmend auf entsprechende Forderungen von DG-Ministerpräsident Oliver Paasch kündigten die belgischen Minister für Inneres und Justiz, Annelies Verlinden und Paul Van Tigchelt, nun in einem Schreiben an den DG-Regierungschef an, in der Frage des sprachlichen Umgangs mit Bußgeldbescheiden eine Lösung zugunsten der deutschsprachigen Rechtssuchenden auf den Weg zu bringen. Nach einer umfassenden Analyse scheine die Option, in Zukunft ein Satellitenbüro des CRT Namur in Eupen einzurichten, für die föderale Polizei machbar zu sein.

Man werde zwar keine eigene Bußgeldstelle für die DG schaffen, wohl aber sei die Föderalregierung bereit, ein „Satellitenbüro“ der bestehenden Bußgeldstelle des CRT Namur in der DG einzurichten. Dadurch könnten das Problem der Übersetzungen gelöst und Protokolle in Zukunft wieder in deutscher Sprache ausgestellt werden. Die Polizei prüfe derzeit noch einige Einzelheiten. Es scheinen jedoch „keine größeren Hindernisse“ zu bestehen, so die beiden Föderalminister in ihrem Schreiben an Ministerpräsident Paasch.

„Wir begrüßen die Ankündigung der Föderalregierung, deren hoffentlich baldige Umsetzung die Rechtssicherheit in unserer Region stärken wird“, zeigt sich Ministerpräsident Paasch über diesen Durchbruch erfreut.

Bei der Verfassung von Protokollen zur Ahndung von Straßenverkehrsdelikten wendet sich die Eifelpolizei derzeit bekanntlich an das Centre Régional des traitements de la Police fédérale de la Route (CRT) in Namur. Folglich erhalten Betroffene auf dem Gebiet der DG ihre Protokolle auch als Deutschsprachige bislang ausschließlich in französischer Sprache.

Dass diese Situation im Sinne der notwendigen Gleichberechtigung der deutschsprachigen Bürgerinnen und Bürger nicht zufriedenstellend sein kann, hat auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft jüngst in einer Resolution bekräftigt.

Bereits am 29. Januar dieses Jahres forderte Ministerpräsident Paasch gegenüber den zuständigen Föderalministern Verlinden und Van Tigchelt, eine Lösung für das deutschsprachige Gebiet ein. Paasch: „Deutschsprachige Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, öffentliche Dienstleistungen in ihrer Sprache wahr- bzw. entgegennehmen zu können. Dazu gehören auch die Dienstleistungen und Dokumente der Polizei und der Justiz.“

Weitere Auskünfte erteilt:

Serge Heinen

Pressesprecher / Berater

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Kabinett Ministerpräsident Oliver Paasch

Klötzerbahn 32, B-4700 Eupen

Tel.: +32-87-789 616, Mail: serge.heinen@dgov.be